



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/231

4. Oktober 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Auswärtiger Dienst als Abstellgleis	S.1
Auch die Schweiz säubert - Bericht aus Zürich -	S.3
Unternehmer-Wissenschaft	S.4
Der Hohe Kommissar in Hannover	S.6
Fünf Jahre Friedland	S.7

Auswärtiger Dienst als Abstellgleis

-nn. Die bevorstehende Ernennung des stellvertretenden Bundespressescheffs Dr.Böx zum Konsul zeigt wieder einmal, dass Beamte und Angestellte, die beim Kanzler unter das Existenzminimum der persönlichen Sympathie sinken, im Auswärtigen Dienst Zuflucht suchen. Schon die Entsendung Schlange-Schöningsens wurde als Schachzug Dr.Adenauers gedeutet, diesen Politiker, der über die engeren Parteigrenzen hinaus Ansehen genießt, kaltzustellen. Auch die mehrmonatige Südamerika-Reise des früheren Zentrumspolitikers Dr.Spiecker und seine angedeutete Betrauung mit einem diplomatischen Amt in einem der Staaten dieses Teilkontinents gehört dazu.

Während es sich hier um die Ausschaltung von Politikern handelt, von denen Dr.Adenauer glaubt, dass sie ihm innerparteilich gefährlich werden könnten, gibt es andere Fälle, in denen ein Posten im Auswärtigen Dienst den Charakter einer zweideutigen Belohnung hat. So will man in Bonn wissen, dass der Wunsch des Bayernparteilers Dr.Seelos, in den Auswärtigen Dienst zurückzukehren, bei den Verhandlungen über den von der Bayernpartei gestellten Antrag auf Abberufung des Bundesfinanzministers eine bedeutende Rolle gespielt hat. Man wird sehen, ob nach der Zurücknahme des Mißtrauensantrages Dr.Seelos zum Gesandten oder Generalkonsul in der Schweiz oder anderswo ernannt wird. Auch zur Sicherung einer standesgemässen Zukunft des ersten Bundestagspräsidenten Dr.Erich Köhler scheint es keinen anderen Weg zu geben als die Übernahme in den Auswärtigen Dienst. Köhler beruft sich darauf, dass ihm nach der Rangordnung als ehemaligem Bundestagspräsidenten ein Botschafterposten zustehe, musste

sich aber belehren lassen, dass das gerüchteweise Bekanntwerden seiner Nominierung für Stockholm bereits genügt hat, in der dortigen Presse einen Sturm der Entrüstung zu entfesseln. Ob es einen geographischen Punkt der Erde gibt - etwa Australien - der vom Schauplatz seines peinlichen Tuns weit genug entfernt ist, um das Bonner Versagen vergessen zu machen, muss gerade im Hinblick auf den bisherigen hohen Rang Köhlers bezweifelt werden.

Mit dem Ausscheiden von Dr. Böx, der aus der Bourdin-Krise des Frühjahrs nicht ganz unbeschädigt hervorgegangen zu sein scheint, soll im Bundespresseamt offenbar ein längst fälliges Revirement eingeleitet werden. Die Bemühungen um einen neuen Bundespressechef sind dem Vernehmen nach nicht viel jünger als die Einstellung des Ministerialdirektors Dr. Brand, doch hat sich kein Journalist von Rang und Namen bisher bereitgefunden, beides für ein Ministerialdirektorengelalt zu riskieren. Jetzt heisst es, der frühere Gesandte ^V Iwardowski, der vor rund zwanzig Jahren die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes leitete, solle die Auslandsabteilung übernehmen. Für die Inlandsabteilung steht man in Verhandlungen mit dem Redakteur Hermann Proebst, der sich als "Junius" einen ausgezeichneten Namen gemacht hat. Nachdem aber der ursprüngliche Plan, den Münchner Radio-Chefredakteur Helmut von Cube zum Bundespressechef zu machen, an dessen politischer Selbstenthüllung gescheitert ist, hat vor allem Proebst Aussicht, die Leitung des Amtes zu erhalten. Die Bonner Journalisten würden diese Wahl begrüßen. Sie achten den Mut ihres Münchner Kollegen und hoffen, dass er das ironische Wort des Kanzlers, das Presseamt sei nicht tot, es lebe nur nicht, auch gegen den Willen seines höchsten Chefs widerlegt.

- - - -

PV Ende November in Berlin. Die nächste Vorstandssitzung der SPD findet am 28. und 29. November, also wenige Tage vor den auf den 3. Dezember festgesetzten Wahlen zum Berliner Stadtparlament in Berlin statt. Das letzte Mal hatte sich der Parteivorstand in Berlin Anfang Januar ds. Js. versammelt.

In einer Auflage von zunächst 50.000 Exemplaren gelangt in diesen Tagen eine Broschüre zur Auslieferung, die das Referat Dr. Schunachers auf der gemeinsamen Tagung der sozialdemokratischen Führungskörperschaften am 17. September 1950 in Stuttgart über die "Politik der deutschen Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation" enthält. Im Mittelpunkt steht die sozialdemokratische Stellungnahme zur Frage eines deutschen Beitrages für die gemeinsame Verteidigung Westeuropas.

- - - -

Auch die Schweiz schubert

O.Z. Zürich, Anf. Oktober

Auch die Berner Bundesregierung hat vor kurzem Anweisung gegeben, alle politisch unzuverlässigen oder nicht vertrauenswürdigen Beamten und Bedienstete auf verantwortlichen oder für die allgemeine Sicherheit oder militärische Verteidigung bedeutungsvollen Posten zu überprüfen. Die ersten praktischen Maßnahmen sind jetzt gefolgt: die Verwaltung des eidgenössischen Post- und Telegraphenwesens hat die Entlassung bzw. Überführung einiger Beamter in ein kurzfristig kündbares Angestelltenverhältnis bekanntgegeben. Für die Entlassenen treten die gesetzlichen Pensionierungsansprüche in Kraft; die Zurückversetzten haben Gelegenheit, sich durch Leistungen und Haltung vom Verdacht der Unzuverlässigkeit mit Aussicht auf Wiederzuerteilung der Beamtenqualifikation zu befreien.

Weder in der Anweisung des Bundesrates, noch in der öffentlichen Begründung der Maßnahmen der PTT-Verwaltung sind parteipolitische Hinweise gegeben. Dennoch weiss jeder Schweizer, worum es geht und gegen welche Fünfte Kolonne im Lande angegangen wird. Das Genfer und das Basler Kommunistenblatt sowie Léon Nicole haben pflichtschuldigst protestiert. Sonst aber hat die Schweizer Öffentlichkeit die bundesrätlichen Anweisungen gebilligt, ^{im} vollen Bewusstsein der Tatsache, dass damit, formal betrachtet, demokratische Grundsätze verletzt werden. Im Wettstreit zwischen geheiligter Tradition und unerlässlichem realen Bedürfnis hat das Letztere gesiegt. Man erinnert sich dabei der Kriegsjahre. Damals sicherte ein Vollmachtenregime die notwendige schnelle Durchführung von Kriegsverordnungen und -maßnahmen. Diese aber unterlagen der nachträglichen Billigung oder Kritik des Parlaments. Die demokratischen Spielregeln wurden also nach Möglichkeit eingehalten. Mit Kriegsende wurde dieses Notzeitverfahren sofort abgebaut und ist inzwischen längst verschwunden. Nunmehr jedoch sieht sich die Eidgenossenschaft aufs Neue zu ausnahmsweisen Abwehrmaßnahmen gezwungen, angesichts genügend bekannter Methoden und Machenschaften stalinhöriger Elemente, Parteien und Deckorganisationen.

Die "Partei der Arbeit" (wie die Kommunisten in der Schweiz sich nennen) und ihre Deckorganisationen zu verbieten, wäre als ein schwerer Verstoss gegen die demokratischen Auffassungen und Bürgerrechte des Schweizlers erschienen, von der Zweckmässigkeit eines solchen Vorgehens ganz abgesehen. Die Parteien lehnten also ein Parteiverbot ab. Dass aber nicht zugesehen und zugewartet werden konnte bis zur peinlich überraschenden Probe aufs Exempel, darüber waren sich gleichfalls jeder Bürger und alle

Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, im klaren. Die Anweisung des Bundesrats mit allen ihren Konsequenzen wird als der unumgänglich notwendige Schritt zur Abwehr einer inneren Bedrohung angesehen! Die Schweiz will "auch in Zukunft kein Polizeistaat" sein und lehnt jede "amtlich gezüchtete Gesinnungsschnüffelei" ab. Dennoch kann sie zur Wahrung ihrer Neutralitätsstellung und zum Schutz ihrer Verteidigungskraft auf ein Mindestmaß an Sicherungen nicht verzichten.

.....

Unternehmer-Wissenschaft

K.H.B. Wissenschaft ist, was uns nützt, lautet die Parole des Unternehmerblattes "Industriekurier". Und alles, was unseren materiellen Wünschen entgegensteht, wird als unwissenschaftlich verdammt. Das ist sehr einfach.

So kam ein längerer Artikel am 30.9. als Antwort auf die Düsseldorfer Kundgebung des DGB zustande. Der "Industriekurier" wandte sich gegen die "Pseudo-Wissenschaftler" des DGB, die sich erdreistet hatten, festzustellen, dass die Lohnquote am Netto-Produktionswert gegenüber der Vorkriegszeit gefallen und die Unternehmergewinne gestiegen seien. Eine solche Behauptung sei "wissenschaftlich unhaltbar", wird mit ernster Miene betont, ohne dass allerdings der Beweis des Gegenteils angetreten wird. Das ist eine zweifellos sehr wissenschaftliche Methode.

So hat man ohne Einschränkungen zu glauben, dass die Arbeiterschaft, "die nach 1945 wie keine andere Volksgruppe eine Restaurierung von Rechten erfahren hat, ihren materiellen Stand besser behaupten konnte als alle anderen Volksschichten". Ihr Anteil am Sozialprodukt, meint der "Industriekurier", sei grösser als vor dem Kriege. Wenn es der "Industriekurier" sagt, dann ist es eben so. Das ist seine Wissenschaft: Nicht die Arbeitenden tragen die grossen Lasten des Krieges und der unsozialen Freibeuterwirtschaft - sondern die "anderen", sicherlich vor allem die Unternehmer. (Wann kommt der Tag, an dem man mit dem Brustton wissenschaftlicher Überzeugung erklären wird: Die Löhne müssen gesenkt und die Gewinne erhöht werden? Das wäre dann Lastenausgleich, wie sie ihn verstehen).

Aber der "Industriekurier" ist auch "sozial", und zwar dort, wo die Unternehmer nichts direkt zu zahlen brauchen. Die Renten sind zu niedrig, echot er den Gewerkschaften nach. Aber es kam ihm nicht darauf an, mit der Feststellung dieser bedauerlichen Tatsache hinter den Gewerkschaften herzhinken. Vielmehr benutzt er sie nur, um nach altbewährter

Methode Arbeitnehmer und Rentner gegeneinander auszuspielen - offenbar auch im Interesse der Wissenschaft, der er sich verschrieben hat.

Der gegen den DGB gerichtete Hinweis des "Industriekuriers", dass sich die wissenschaftliche Fundierung eines Interessenstandpunktes leicht mit dem Glätteis pseudo-wissenschaftlicher Zweckbestimmung überziehe, ist zu einem Bumerang geworden. Was ist das für eine Wissenschaft, die dem kleinen Mann mit seinen 250 bis 300 Mark Monatseinkommen "beweist", dass es ihm gut geht, viel zu gut geht? Und die "beweist", dass die Leute, die seit der Geldreform Millionengewinne einstecken, noch viel zu wenig verdienen?

Bewiesen ist im Grunde nur, wie sehr die unabweisbaren Feststellungen des DGB den Leuten, für die sie in der Tat vor allem bestimmt waren, auf die Nerven gegangen sind.

- - -

Schmiergelder

M.R. München (Eigenbericht)

Erst vor wenigen Wochen hatte sich der Landesausschuss der bayerischen Industrie in einem vertraulichen Schreiben an seine Mitglieder gewandt und sie darin aufgefordert, pro Arbeitnehmer eine DM abzuliefern. Mit dem Fonds, der etwa 600.000 DM ergeben soll, will man die bürgerlichen Parteien im Landtagswahlkampf in Bayern unterstützen. Es versteht sich am Rande, dass die Partei den Löwenanteil dieser Schmiergelder erhalten wird, die sich den politischen Forderungen der Unternehmer am gefügigsten zeigt.

Diese Maßnahme hat die andere reaktionäre Clique, die Großgrundbesitzer, nicht ruhen lassen. Auch sie wollen ihren Beitrag zur Wiederherstellung ihrer teilweise schon geschwundenen Macht leisten. Vorstand und Beirat des Verbandes der Bayerischen Grundbesitzer e.V. haben unter dem 15. September 1950 ein Schreiben mit dem Vermerk "vertraulich" an die Mitglieder gerichtet, die zur Schaffung eines möglichst starken Wahlfonds aufgerufen werden. Der eindeutige Zweck dieses Wahlfonds sei "die Stärkung einer bürgerlichen Majorität, deren Tendenz unserer grundsätzlichen Einstellung entspricht". Das Schreiben fährt dann wörtlich fort:

"Um mit dem Wahlfonds operieren zu können, muss natürlich eine beachtliche Summe aufgebraucht werden. Der Weg, den die Industrie geht, die pro Angestellten und Arbeiter einen Betrag aufbringen will, ist in unserem Falle nicht gangbar, da nur die Größe des Besitzes des land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums eine vergleichbare Grundla-

ge bildet. Um eine Summe in der erforderlichen Höhe zu erreichen, wird daher von uns vorgeschlagen, dass jedes Verbandsmitglied die doppelte Höhe des jährlichen Beitrages (also 0,46 DM je ha land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums) in den Wahlfonds bezahlt. Wir werden bei der nächsten Mitgliederversammlung beantragen, den Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1950 um diesen Betrag zu erhöhen, ohne ihn irgend einem Zahlungszwang zu unterstellen. Es soll damit die Möglichkeit eröffnet werden, allenfalls die Zahlung als Mitgliedsbeitrag buchen zu können".

Da in Bayern etwa 240.000 ha im Besitz des Großgrundbesitzes sind, dürften etwa 120.000 DM für den Wahlfonds aufgebracht werden.

Hartnäckig hält sich ausserdem das Gerücht, dass der Bayernpartei für jeden Kandidaten, der aus der Industrie kommt und den sie auf ihre Liste nimmt, ein recht ansehnlicher Betrag als Wahlhilfe gegeben wird. Man spricht von 25.000 DM pro Kandidat.

Der Hohe Kommissar in Hannover

Man glaubte es dem sympathischen Mann am Mikrophon mit dem Union Jack und dem Niedersachsenwappen im Hintergrund aufs Wort, dass es zwischen Engländern und Deutschen nie Erbfeindschaft gegeben habe und auch in der Gegenwart nicht gebe, zumal er, aus der Schule des Foreign Office kommend, dieser politischen Feststellung Lokalkolorit gab und den Hannoveranern sagte, dass sie eigentlich die englische Staatsbürgerschaft hätten, wäre Englands grosse Königin Victoria nicht eine Frau gewesen.

Sir Ivone Kirkpatrick hat seinen ersten offiziellen Besuch in Hannover nicht nur in der Staatskanzlei und in der Villa des Landeskommissars verbracht, er hat sich auch "dem Volk gestellt". Es war keine Massenkundgebung, aber rund 5 - 600 Menschen aller Schichten waren es, die aus Stadt und Land geladen wurden, um den Vortrag des Hohen Kommissars zu hören. Was Sir Ivone vortrug, war keine politische Sensation, aber es brachte den vielbeachteten, vielgelobten versöhnlichen Ton des New Yorker Kommissars, einen Hauch der grossen Politik, nach Hannover. Und der Hohe Kommissar verband sein Auftreten mit einer schönen Geste: er erklärte sich nach Schluss seiner Ausführungen bereit, vor versammeltem Forum auf Fragen zu antworten. Dass nur drei von den Zuhörern den Mut zu einer Frage aufbrachten und dass davon zwei mit persönlichen Anliegen kamen (dem einen lag die von der Besatzungsmacht beschlagnahmte Wohnung im Magen, dem anderen die Gewerbebefreiheit), tat dem Ganzen keinen Abbruch; es zeigte nur, dass wir Deutsche noch lernen können, auf Gesten entsprechend zu reagieren. Dem Befragten konnte es nicht schwer fallen, mit Worten wie "gemeinsame Gefahr", "in einem Boot sitzen" und einem Hinweis auf Englands Anstrengungen nicht nur für die eigene Sicherheit dem Gespräch die gewünschte Richtung zu geben.

Es war in dem Kapitel Besatzungspolitik eine neue, eine erfreuliche Seite.

-dt.

Fünf Jahre Friedland

sp. Still und wenig beachtet hat das Durchgangslager Friedland seinen fünfjährigen Bestand in die Nachkriegsgeschichte eingetragen. Vor fünf Jahren noch war Friedland ein stiller, unbekannter Ort in der Nähe Göttingens und niemand konnte damals ahnen, dass der Name dieses Ortes einmal einen besonderen Klang in Deutschland haben werde. Es ist der herbe Klang des verlorenen Krieges, die dissonanzreiche Melodie eines zerrissenen Deutschlands und einer zwiespaltigen Welt.

Fast 900.000 Flüchtlinge aus den Gebieten östlich der Oder-Neisse, Hunderttausende von Kriegsgefangenen - Männer und Frauen - und Tausende von "Grenzgängern" passierten in diesen fünf Jahren das Lager. Hunderttausende wurden in diesem Lager nach monatelangem Umherirren zum ersten Male wieder satt und mit den notwendigsten Bekleidungsstücken versorgt. In Hunderttausenden von ihnen brach in diesem Lager die erste Hoffnung auf eine neue Heimat, eine neue Zukunft wieder auf. Für Ungezählte wurde es zur letzten entscheidenden Etappe.

Den Höhepunkt seiner weit über Deutschlands Grenzen hinausreichenden traurigen Berühmtheit aber erlangte es als Durchgangslager für die deutschen Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft. Aus Ost und West kamen die rund 413.000 Heimkehrer und einige tausend darunter waren Frauen. Die meisten kamen aus dem Osten; in welchem Zustand sie kamen, besagt allein, dass ein Drittel von ihnen sofort den Krankenhäusern und Heilstätten zugeführt werden musste. Seit dem 25. April ist dieser Strom versiegt, nur vereinzelt kam hier und da ein Nachzügler, der irgendwie in der Ostzone aufgehalten worden war. Aber Sowjetrußland schickt keine Kriegsgefangenen mehr heim.

Dass Friedland heute - fünf Jahre nach Kriegsende - seine Tore nicht endgültig schliessen kann, sondern dass es als Schleuse für die "Operation Link" weiter bestehen muss, ist ein Zeichen dafür, dass es noch Deutsche gibt, denen der Friede unbekannt ist. Und es leben noch einige Hunderttausende solcher Deutschen in Unfrieden, in Polen, in der Tschechoslowakei und in den Gefangenenlagern hinterm Ural. Um ihrer willen stehen heute noch die Nissenhütten des Durchgangslagers von Friedland.

- - - -